

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bremervörde

H.-K. Genter-Mickley

Stv. Fraktionsvorsitzender

Pressemitteilung

Mit der Bitte um baldige Veröffentlichung in der BZ

Bremervörde, den 06.09.2009

SPD: Schluss mit der geheimen Hinterzimmerpolitik der CDU

Heftige Kritik der SPD-Stadtratsfraktion am Vorgehen der CDU-Verwaltungsspitze und der CDU-Mehrheitsfraktion

Mit großer Sorge und Befremden registriert die SPD-Ratsfraktion die verstärkten Versuche der CDU-Mehrheitsfraktion die demokratisch gewählten Gremien der Stadt Bremervörde zu unterlaufen und wichtige Entscheidungen ohne vorherige Beratungen in den Fachausschüssen und im Rat nur noch im Verwaltungsausschuss, der nicht öffentlich tagt, zu beschließen.

„Dies ist ein zutiefst undemokratisches und Bürger fernes Vorgehen. Für die Mehrheitsfraktion ist es natürlich bequemer, eine für sie kritische, öffentliche Hinterfragung ihrer Vorstellungen durch die Opposition, wie dies etwa in den Ausschüssen und im Rat geschieht, mit ihrer satten 6 zu 3 Mehrheit im Verwaltungsausschuss zu verhindern“, so das SPD-Rats- und VA-Mitglied Hans-Klaus Genter-Mickley.

Diese Tendenz wurde besonders in der letzten Sitzung des VAs an zwei wichtigen Entscheidungen deutlich:

Da die Höhe der durch die Folgen der Finanzkrise verursachten Steuerausfälle in diesem Jahr weit über den schlimmsten Befürchtungen liegt - es fehlen zur Zeit etwa € 800 000 - hat sich die Haushaltslage so dramatisch verschlechtert, dass nun zwangsläufig zu Einsparungsmaßnahmen im Rahmen einer Haushaltssperre durch die Verwaltung gegriffen werden muss.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Situation hält die SPD-Ratsfraktion eine Haushaltssperre grundsätzlich für notwendig und selbstverständlich. Ihre Kritik richtet sich aber gegen „das überfallartige Vorgehen“ und die „Geheimniskrämerei“ der CDU-Verwaltungsspitze, sowie gegen die Tatsache, dass die Kürzungen u.a. besonders schwer die Bereiche Schulen, Kindergärten, Sport und Jugendbegegnungsstätte, ausgewiesener Maßen nicht unbedingt die Schwerpunkte der CDU, betreffen.

SPD Fraktionsvorsitzender Heinrich Tiedemann: „Die sogenannte „Giftliste“ mit etwa 120 Einsparungsvorschlägen in Höhe von insgesamt 1,1 Millionen Euro ist der SPD Fraktion ohne weitere Erläuterungen erst kurz vor dem Wochenende vor der Sitzung des VAs vorgelegt worden. Eine bewertende Beratung der Einzelposten und ihrer

Auswirkungen auf den Gesamthaushalt ist wegen der Kürze der Zeit so nicht möglich gewesen. Auch in der Sitzung des VAs konnten trotz vorheriger Bitten unserer Fraktion keine Ausführungen hinsichtlich der Auswirkungen der Kürzungen durch die Verwaltungsspitze gemacht werden“.

„Die vorgeschlagenen Einsparungen in Höhe von 1,1 Millionen Euro zur Deckung einer in diesem Ausmaß noch nie da gewesenen Lücke stellen für die SPD-Fraktion einen derartigen Eingriff in den vom Rat beschlossenen Haushalt 2009 dar, dass diese Entscheidung nicht ohne vorherige öffentliche Diskussion und Bewertung zumindest im Finanzausschuss aber besser noch im Rat getroffen werden kann. Außerdem erscheint es sehr fraglich, ob die Dinge, die dem Rotstift zum Opfer fallen, je wieder in den Haushalt eingestellt werden können. Für die Mehrheitsfraktion scheint dieses Vorgehen jedoch nicht fragwürdig, sondern strategisch viel günstiger, da eine öffentliche Durchforstung des gegenwärtigen Haushalts die Diskussionen über in der Öffentlichkeit umstrittene Dinge, wie zum Beispiel den Abriss der Alten Schule in Hesedorf oder die ausufernde, mit hohem wirtschaftlichen Risiko behaftete Investition von € 570.000 für die Riesenrutsche im Hallenfreibad „Delphino“, nur wieder anheizen würden“ (Genter-Mickley).

SPD-Finanzexperte Lars Lust: „Eine Position, die als besonders kritikwürdig ins Auge fällt, sind Unterhaltungsarbeiten in der Grundschule Stadtmitte. Wenn man auch Malerarbeiten in das kommende Haushaltsjahr verschieben kann, so fällt auf, dass der Austausch von Fallschutzplatten auf dem Pausenhof dieser Schule im Auftragswert von € 2.000 nun schon im zweiten Jahr nacheinander nicht durchgeführt wird. Die Sicherheit der Kinder, die diese Schule besuchen, sollte der Stadt Bremervörde so viel wert sein, dass diese Maßnahme unverzüglich zu Beginn des Haushaltsjahres 2010 in Angriff genommen wird“.

Da auch in der Öffentlichkeit seit langem schon über eine mögliche Haushaltssperre spekuliert wurde, ist das zögerliche Vorhalten von Bürgermeister Gummich (CDU) in diesem Zusammenhang besonders bedenklich. Es ist schon ein einmaliger Vorgang, dass ein Verwaltungschef, der stets auf sein Recht hingewiesen hat, dass „Veröffentlichungen, von Beschlüssen des VAs nur durch die Verwaltungsspitze zu erfolgen haben“ (Heinrich Tiedemann), sich erst durch das hartnäckige Nachbohren der örtlichen Presse gezwungen sieht, den Beschluss öffentlich zu machen. Allerdings sind bis heute die von der Streichung Betroffenen über die Auswirkungen der Einsparungen auf ihre Bereiche noch nicht informiert worden.

Auch der zweite Beschluss des VA lässt Bürgermeister und Mehrheitsfraktion in keinem guten Licht erscheinen und ist ebenfalls juristisch mehr als fragwürdig. Die anscheinend „Planer hin oder her - auf Grund des gesunden Menschenverstands“ (Frank Pingel, CDU) getroffene Entscheidung des Verwaltungsausschusses den Umzug eines in der Innenstadt gelegenen Spielwarenfachgeschäfts mit (laut GMA Stellungnahme) „eindeutig zentrumsrelevantem Warensortiment“, das „die Innenstadt (bei Abzug) weiter schwächen wird“, in das außerhalb der sogenannten „Roten Linie“ liegende Mühlen-Center zu erlauben, stellt nicht bloß einen problematischen Präzedenzfall dar, sondern bedeutet faktisch die Aufgabe der „Roten Linie“ und damit die Aufhebung eines gültigen Ratsbeschlusses. Dazu ist aber der VA nicht befugt, auch wenn Frank Pingel dabei „kein schlechtes Gewissen“ hat. Dieses Vorgehen muss deshalb in der nächsten Ratssitzung durch einen Antrag der Opposition hinterfragt werden, schon deshalb, weil zur Zeit zumindest faktisch für die Innenstadt keine verlässliche Regelung mehr existiert.

Es ist sicher, wie Heinrich Tiedemann feststellt, „auf den ersten Blick schwierig, einem Bremervörder Bürger klar zu machen, warum ein Geschäft seinen Standort nicht 500 Meter weiter südlich verlegen kann“. Trotzdem ist die SPD-Fraktion weiterhin der Meinung, dass die „Roten Linie“ unbedingt erhalten werden muss, da nur sie eine Konzentration von innenstadtrelevanten Warensortimenten in einem attraktiven städtischen Kernbereich auf lange Sicht garantieren kann. „Das Problem der „Roten Linie“ ist unserer Meinung nach nicht ihre Existenz, sondern ihre Ausdehnung. Hätte man die Linie, wie von der SPD immer gefordert, enger gefasst, also nicht bis in die Nachbarschaft des Mühlen Centers ausgedehnt, wäre uns dieses Problem erspart geblieben. Auch das Argument des Verwalters, dass ohne den Einzug des Fachgeschäfts dem Mühlen Center auf lange Sicht das Schicksal einer „Investitionsruine“ drohe, was für den Betreiber sicher schmerzlich ist, zeigt nur, dass die damalige Ablehnung des Baus des Mühlen Centers durch die SPD-Fraktion richtig war, weil für uns schon damals eine Wirtschaftlichkeit nicht zu erkennen war“ (Genter-Mickley). Eine solche „lebensrettende Maßnahme“ für das Mühlen Center mittels „Torpedierung eines Ratsbeschlusses“ (BZ) durch den Bürgermeister und die CDU zum Nachteil der Fachgeschäfte in der Innenstadt kann nicht ohne öffentliche Diskussion im Rat hingenommen. Der Verwaltungsausschuss ist hierzu aus Sicht einer bürgernahen und transparenten Politik wohl nicht der geeignete Ort, zumal wenn der Bürger die ihn betreffenden Beschlüsse des VAs nicht einmal durch den Bürgermeister direkt erfährt.

„Eine solche Hinterzimmerpolitik und Geheimniskrämerei führt nur zu mehr Politikverdrossenheit und weiterem Desinteresse der Bürger am politischen Geschehen in der Stadt“.

gez.

Genter-Mickley